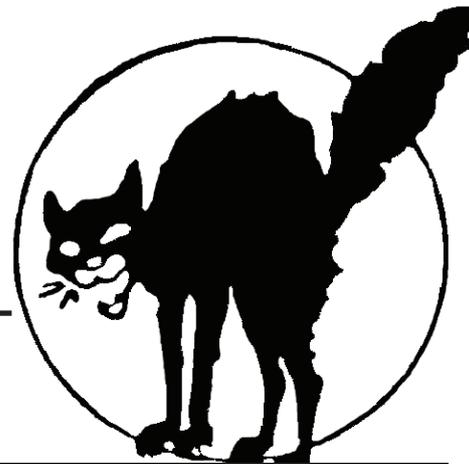


# di schwarzi chatz

Zeitung der Freien Arbeiter\_innen Union in der Schweiz



## Heftige Konflikte um Polens Minen

Polnische Minenarbeiter\_innen wehren sich mit Händen und Füßen gegen Minenschliessungen, Entlassungen und einen zusätzlichen Arbeitstag. Der Staat reagiert mit martialischen Polizeiaufgeboten.



Das Jahr ist immer noch jung als in Polen bereits der zweite grosse Streik im Bergbausektor ausbricht: Am 28. Januar um sechs Uhr morgens stimmten 98% der Minenarbeiter\_innen bei der Jastrzębska Spółka Węglowa (JSW) – bei einer Stimmbeteiligung von 70% oder fast 19'000 Stimmen – für den Streik. Doch der Reihe nach: Bereits ganz zu Beginn des Jahres streikten die Arbeiter\_innen des grössten Kohleförderers Europas Kompania Węglowa (KW) nachdem Spar- und damit Abbaupläne des Konzerns publik wurden. KW wollte vier seiner 14 Zechen schliessen und auf einen Schlag 5'000 Arbeiter\_innen entlassen.

### Der Streik bei der Kompania Węglowa

Der Streik begann am 7. Januar als eine Schicht in der Mine von Brzeszcze sich weigerte auszufahren. Der Streik breitete sich rasch von den vier betroffenen Minen

aus, zuerst auf acht und nach gescheiterten Gesprächen mit der Regierung auf alle Werke von KW und auch auf Minen von anderen grossen Bergbauunternehmen wie JSW und Katowicki Holding Węglowy. Während dem Höhepunkt der Kampfmassnahmen streikten Kumpel in allen 14 Minen von KW unter Tage, einige traten zusätzlich in Hungerstreik, während gleichzeitig Bahnlinien blockiert wurden und grosse Demonstrationen stattfanden. In Bytom etwa gingen über 10'000 Menschen auf die Strasse, um die letzte Mine in dieser früheren Hochburg des Bergbaus zu retten. Als Folge der „Restrukturierungen“ zu Beginn der neunziger Jahre hat die Stadt heute eine Arbeitslosenquote von 21%. Die polnische Regierung bemühte sich zu Beginn diesen Streik kleinzureden und sprach davon, dass die Schliessung alternativlos sei und der Protest bloss von den durch den

(weiter auf Seite 2)

März/April 2015

Nr. 35, 6. Jahrgang

ISSN 1664-6096

www.faubern.ch | zeitung@faubern.ch

### In dieser Ausgabe

**Freipass zum Profit** 4

In Zeiten der Krise wird auf Zusammenhalt und Sozialpartnerschaft gepocht. Davon profitieren die üblichen Verdächtigen.

**In Bewegung** 5

Das Antirep Bern stellt ihr neues „Praxisbuch zum Thema Repression für linke Aktivist\_innen“ vor.

**EZB- Wir kommen!** 6

Am 18. März eröffnet die Europäische Zentralbank ihren neuen Sitz in Frankfurt.

**Spaniens alles entscheidendes Jahr?** 6

Mit „Podemos“ droht dem Widerstand in Spanien die Institutionalisierung.

**Meanwhile in the 3rd World** 8

Struggles in Spain continue. An account from Valencia.

**Lernt Sprachen!** 9

Ein Plädoyer Landauers gegen die Sinnlosigkeit der Kunstsprache Esperanto.

### Rubriken

Kultur 11  
Rechtliches 12

Die letzten Monate waren hektisch für die Europäische Union. Da war die stetige „Bedrohung“ durch den roten Bären Putin noch das Langweiligste. Im Januar entschied sich die Schweizer Nationalbank dazu, den Mindestkurs von 1.20 CHF/€ aufzuheben. Dies traf sowohl Politik, wie auch die Spekulant\_innen auf kaltem Fuss. Was folgte waren massive Kurseinbrüche und Unternehmer\_innen mit metaphorischen „The End is nigh“-Schildern. Die Panik entpuppt sich nun als wahrer „Freipass zum Profit“ (siehe Seite 4). Kurze Zeit später liess die Europäische Zentralbank verlauten, noch mehr Euro in den Markt zu pumpen und die Währung zusätzlich (zugunsten des Exportsektors) zu schwächen. Aber es regt sich auch Widerstand gegen die EZB und die Neueröffnung des neuen Sitzes in Frankfurt (siehe „EZB wir kommen“). Dann kamen Tsirpas und der mittlerweile wohl berühmteste Finanzminister der Welt, Gianis Varoufakis. Ihre Partei, das linke Bündnis Syriza, hatte zum Aufstand gegen das Sparpaket der Troika aufgerufen... und endete in einem weiteren Reformprogramm. Kurz darauf kam es wieder zu Protesten in Griechenlands Strassen. Wie Varoufakis später in einem Essay erklärte, sei sein Ziel die Stabilisierung des Kapitalismus, um den Aufstieg der rechten Parteien wie der goldenen Morgenröte zu verhindern. Also eine Art Antifaschismus von oben mittels unheiliger Allianzen. Nach den Erdrutsch(Wahl-)siegen hat die institutionalisierte „Hoffnung“ von Teilen der Bewegung Griechenlands massiv enttäuscht.

Die Parallelen in Spanien sollten nachdenklich stimmen. Dort versucht die Partei „Podemos“ („wir können“) die Erfolge der Syriza nachzuahmen und die Bewegung von der Strasse an die Wahlurnen zu locken (siehe „2015: Spaniens alles entscheidendes Jahr?“). Doch irgendwo zwischen den Wahlkämpfen lebt er noch, der Widerstand (siehe „Meanwhile in the 3rd world“). Und die oberste Parole dieser Tage sollte lauten: Wir bezahlen nicht für eure Krise – egal ob in Griechenland, Spanien, Polen, der Schweiz oder sonstwo!

Eure Fauistas

## Polen

(von Seite 1)

Abbau bedrohten Minenarbeiter\_innen getragen werde. Alleine die Demonstration in Bytom straft diese Aussage aber Lüge. Umfragen zeigten dass 68,5% der Pol\_innen den Streik der Bergarbeiter\_innen unterstützten. Aussagen wie jene der vom Deutschlandfunk interviewten



Barbara Hanas, die seit über 30 Jahren im Bergwerk „Frieden“ in Ruda Slaska arbeitet, unterstützen daher nicht nur in der Region viele: „Die Regierung will scheinbar unsere ganze Wirtschaft hier vernichten. Die Stahlhütten sind schon dicht, jetzt macht sie sich an die Bergwerke. Von unseren Städten werden nur Ruinen übrig bleiben, weil die Menschen sich hier nicht mehr ernähren können. Es gibt hier keine andere Arbeit“<sup>1</sup>. Diese Aussage wird umso verständlicher, wenn bedacht wird, dass jeder Job in der Bergwerksindustrie bis zu vier weitere Arbeitsstellen in anderen Sektoren generiert. Somit droht der Region der Verlust von bis zu 20'000 Einkommensmöglichkeiten. Eine verheerende Zahl in einer Region, die um die Jahrtausendwende Schlagzeilen machte, weil viele ehemalige Kumpel illegale Minen betreiben mussten, um sich über Wasser zu halten. Alleine in der Stadt Wałbrzych verloren um das Jahr 2000 über 15'000 Bergleute ihre Arbeit, weil alle Minen geschlossen wurden. Die Elendsminen sind mittlerweile so gut wie ganz aus den Medienberichten verschwunden, aber es gibt sie noch immer. Der kleine Aufschwung in Polen zwischen 2000 und der Wirtschaftskrise nach 2008 ist nicht bei allen angekommen.

<sup>1</sup>[http://www.deutschlandfunk.de/polen-bergleute-kippen-die-regierungsplaene.795.de.html?dram:article\\_id=309067](http://www.deutschlandfunk.de/polen-bergleute-kippen-die-regierungsplaene.795.de.html?dram:article_id=309067)

## Hidden Agenda

Schon während dem Streik vermuteten einige, dass die Sparpläne bei KW nur eine Vorbereitung auf eine mögliche Privatisierung seien. Die polnische Ministerpräsidentin Ewa Kopacz argumentierte stets, dass die Minen in Brzeszcze, Bytom, Ruda Śląska und Gliwice geschlossen werden müssten,

da sie in hohem Masse unrentabel seien und die ganze Kompania Węgłowa in den Bankrott ziehen würden. Doch Universal Energy, eine Firma im Besitz des reichsten polnischen Unternehmers Krzysztof Domarecki, hat bereits Kaufangebote für drei der vier angeblich unmöglich rentabel zu betreibenden Minen unterbreitet. Ein Angestellter der neoliberalen Ideenfabrik Adam-Smith-Institut in Warschau beantwortete zum Beispiel die Frage des Deutschlandfunks, ob der Streik das Ende der Kohlenförderung in Schlesien bedeutete mit „nein“: „Wir haben das Beispiel des Bergwerks Silesia. Seit der Staat sich aus diesem Unternehmen zurückgezogen hat, beschäftigt es mehr Menschen als früher und ist wieder rentabel. Die Regierung kann die Bergwerke einfach nicht richtig führen. Sie bringt nur immer wieder Parteifreunde auf lukrative Posten in den Aufsichtsräten.“ Ein anderer einflussreicher Geschäftsmann, der Millionär Jan Kulczyk, verdient sich eine goldene Nase mit dem Import von (günstigerer) russischer Kohle durch ein Frachtterminal in Braniewo, einem Städtchen an der Grenze zur russischen Oblast Kaliningrad. Ein unter anderem auf der Seite der anarchosyndikalistischen Gewerkschaft Inicjatywa Pracownicza veröffentlichter Text<sup>2</sup> schliesst seine Analyse des Streiks bei KW denn auch mit der Fest-

<sup>2</sup> <http://ozzip.pl/english-news/item/1876-the-spectre-of-the-general-strike-over-polands-coal-mining-industry> (englisch)

stellung, dass die Auseinandersetzung im polnischen Bergbau im Grunde dasselbe sei wie der Bergarbeiterstreik Grossbritanniens 1984<sup>3</sup>. Vor allem weil Schlesien immer noch Widerstand gegen den Neoliberalismus der EU und der Regierung in Warschau leiste und der Bergbau die Branche mit der höchsten gewerkschaftlichen Organisierung sei.

### Sieg oder Niederlage bei KW?

Der Streik endete mit einer Vereinbarung zwischen KW, den Gewerkschaften und der Ministerpräsidentin Kopacz. Diese Vereinbarung wurde in den meisten Medien als Sieg der Arbeiter\_innen bezeichnet, doch wer nur etwas genauer hinschaut sieht, dass der Sieg bloss Kosmetik ist: Die vier Minen sollen gar nicht geschlossen werden, sondern privatisiert. Es könnte also sogar sein, dass das ganze Spektakel in thatcherischer Manier inszeniert wurde, um dieses Ergebnis zu erhalten. Sebastian Ogórek, ein Journalist bei biztok.pl, fand zum Beispiel heraus dass das Gesetz für den Wiederaufschwung im Bergbau von der Boston Consulting Group geschrieben wurde und dass der Sejm (das polnische Parlament) gerade für einen Privatisierungsplan zu Gunsten internationaler Konzerne gestimmt hat. Dieses Gesetz macht es möglich, dass im Einklang mit EU-Recht die Minen über eine staatliche Auffanggesellschaft rekapitalisiert und dann an die staatliche Węgłokoks S.A. weitergegeben werden können. Węgłokoks S.A. wird aber seit 2011 auf die Privatisierung vorbereitet. Ogórek berichtet auch, dass es Verhandlungen gab, die betreffenden Minen von KW an Węgłokoks zu verkaufen. Trotzdem laufen einige neoliberale Journalist\_innen Sturm, da die Minenarbeiter\_innen hohe Abfindungen als Anreiz die Arbeit zu verlassen, bessere Frühpensionierungspläne und eine Rücknahme der Entlassungen durchgesetzt haben.

### Keine Atempause

Nur elf Tage nach dem faulen Kompromiss bei KW brach der nächste Streik aus: Das Unternehmen Jastrzębska Spółka Węglowa hatte sich den dümmsten Zeitpunkt ausgesucht, um zehn aktive Gewerkschafter zu entlassen. Gerade dann fand eine Betriebs-

versammlung statt, auf der über Kampfmassnahmen entschieden werden sollte. Die Folge war die am Anfang des Artikels genannte hohe Zustimmung für einen Streik. Die zehn Gewerkschafter wurden von der Firma geschasst, weil sie zwei Wochen zuvor aus Solidarität mit dem Kampf bei KW die Arbeit niedergelegt hatten – und dies obwohl in der Vereinbarung zum Streikende garantiert wurde, dass keine der Streikenden Repressalien zu befürchten hätte. Die Streikenden bei JSW forderten neben der Wiedereinstellung der Entlassenen, die Rücknahme eines Kollektivvertrags, welcher die Renten eingefroren und ermöglicht hätte Lohnzusätze zu kürzen, die Auflösung einer JSW-Tochterfirma, welche im Grunde nur ein Temporärbüro ist, direkte Arbeitsverträge mit JSW für alle Arbeiter\_innen und die Entlassung des JSW-Vorstandes – insbesondere des CEO Jarosław Zagorowski. Eine weitere Forderung der Streikenden war, dass JSW die Einführung der sechs-Tage-Woche zurücknimmt.



*Die Polizei geht nicht zimperlich vor: Streikende werden durch Schusswaffen verletzt.*

### Polizei setzt Schusswaffen ein

Anders als beim KW-Streik, scheint derjenige bei JSW in keinster Weise vorgesehen oder erwartet gewesen zu sein. Einerseits agierten die Streikenden mit beachtlicher Militanz. Andererseits antwortete der Staat den kämpferischen Bergleuten mit einer doppelten Repression durch Justiz und Polizei. Die Justiz erklärte den Streik bei JSW (im Gegensatz zum Streik bei KW) als illegal und die Polizei markierte Präsenz mit martialischen Aufgeboten und setzte äusserste Härte ein. In einem Communiqué der Gewerkschaft Sierpień 80 heisst es dazu: „Die Regierung schreckt vor nichts zurück, um den seit 16 Tagen andauernden Protest

zu brechen. Sie hetzte auf die Bergarbeiter Spezialeinheiten der Polizei, die mit einer aussergewöhnlichen Brutalität versuchten den Protest zu unterdrücken in dem sie Feuerwaffen, Wasserwerfer und Tränengas grundlos einsetzen. Über 20 Bergarbeiter wurden verletzt, davon einige schwer<sup>4</sup>. Gemäss dem Gewerkschaftsverband IndustriALL wurden die 20 Streikenden am 2. und 9. Februar von Schusswaffen getroffen. Dies stellt eine neue Stufe der staatlichen Repression dar. Selbst in Polen, wo vermutlich das letzte Mal in Europa auf Streikende geschossen wurde, ist dies bereits über dreissig Jahre her.

### Zweiter Streik, zweiter fauler Kompromiss

Nach mehr als zwei Wochen wurde der eskalierende Streik durch die Gewerkschaften abgewürgt, die eine Einigung mit der Regierung und dem Unternehmen aushandelte. Trotz der sofortigen Beendigung des

Streiks wurde jedoch ausser dem Rücktritt des JSW-CEO keine einzige Streikforderung erfüllt. Im Gegenteil. Die Streikenden müssen nun bei gleichem Lohn sechs anstatt fünf Tage die Woche arbeiten und verschiedene Boni und Zulagen sollen gekürzt werden. Der Ausgang beider Streiks macht die Vermutung, dass diese Ereignisse UK ,84 entsprechen, schon fast real. Ob dies aber eintrifft, hängt vom weiteren Vorgehen der Bergarbeiter\_innen ab – noch ist in Polen nicht alles verloren.

smf

<sup>3</sup> zum Streik der britischen Minenarbeiter\_innen siehe z.B. di schwarzi chatz #34 „Die soziale Schlacht um England“.

<sup>4</sup> Übersetzung durch labournet.de; [http://www.labournet.de/wp-content/uploads/2015/02/appell\\_polenbergarbeiter](http://www.labournet.de/wp-content/uploads/2015/02/appell_polenbergarbeiter).

# Freipass zum Profit

## Die Abschaffung des Mindestkurses durch die Schweizer Nationalbank schlug hohe Wellen. Die Rettung wälzt man aber ein weiteres Mal auf die Lohnarbeitenden ab.

Am 15. Januar verkündete die Schweizer Nationalbank das Ende der Kursanbindung des Schweizer Frankens an den Euro. Was folgte, waren massive Kurschwankungen, welche sich erst im Laufe des Tages wieder beruhigten. Menschen standen Schlange, um nun selbst zu Mikrospekulant\_innen zu werden. Teilweise wurde die Bezugsmöglichkeit von Euros durch die Banken ganz gestoppt – natürlich aber nur für die „kleinen“ Kunden. Die Wirtschaftsvertreter\_innen zeichneten darauf ein apokalyptisch anmutendes Szenario mit Konkursen und Arbeitsplatzverlusten. Genau so schnell waren sie mit Lösungen zur Hand. Diese schnelle Reaktion ist aber nicht weiter erstaunlich, da die Vorschläge seit Jahren die gleichen sind: „Wirtschaftsstandort Schweiz stärken, Erfolgsmodell Schweiz nicht gefährden und mehr Flexibilität für die Unternehmen“. Das sind altbekannte Allgemeinplätze. Da wird der UBS-CEO Sergio Ermotti schon deutlicher: Man müsse die Rahmenbedingungen verbessern, z.B. indem man „unverhältnismässige Rechtsdurchsetzungsforderungen“ zugunsten der Kund\_innen aus den Gesetzesentwürfen des Finanzdienstleistungsgesetzes herausstreicht. Die Erbschaftssteuer-Initiative sei abzulehnen, Die Kapitalgewinnsteuer erst gar nicht einzuführen und die Unternehmenssteuerreform III möglichst wirtschaftsfreundlich – sprich: harmlos – zu gestalten. Dass von diesen Massnahmen auch die UBS massiv profitieren dürfte, sollte mehr als skeptisch stimmen. Gerade die geforderte Lockerung oder sogar Deregulierung im Finanzsektor mutet seltsam an, war es doch das Fehlen von Regulationen, welche der Wirtschaftskrise erst den Weg bereitet hatte. Ermotti ist mit seinen Forderungen nicht alleine. Economiesuisse geht noch weiter und fordert ein Moratorium für weitere Regulierungen, namentlich im Bereich Energiestrategie, Aktienrechtsrevision und grüner Wirtschaft. Störend seien ausserdem die flankieren-

den Massnahmen, welche Lohndumping bekämpfen sollen. SVP-Präsident Toni Brunner sieht ausserdem die Gelegenheit, die Energiestrategie 2050 auf Eis zu legen. Die Wirtschaftsheiligen fordern also ein weiteres Mal Opfer von den Lohnarbeiter\_innen, ohne dass sie selbst grosse Einbussen in Kauf nehmen müssen.

### Kurzarbeit als „Lösung“

Kurzarbeit ist kein neues Mittel. Unter Kurzarbeitsentschädigung wird verstanden, dass die Arbeitslosenkassen den Arbeitnehmenden 80% ihres Lohnausfalls bezahlen. Dies solle Flexibilität schaffen



und verhindern, dass Arbeitsplätze abgebaut werden. Dies ist aber ein überaus ungleiches Spiel: Die Unternehmen bezahlen nur die geleisteten Arbeitsstunden, die 80% bezahlt die Arbeitslosenkasse. Beiträge wie Sozialversicherungen werden weiterhin bezahlt, wobei nur der Arbeitgeber diese Beiträge bei der Arbeitslosenkasse zurückfordern kann. Ausserdem sparen die Unternehmen laut SECO „Kosten der Personalfuktuation“, also Kosten für Entlassungen, Einstellungen und „Know-How-Verluste“. Die Unternehmen gewinnen also auf der ganzen Linie. Schon vom Herbst 2011 bis Herbst 2013 wurde dieses Mittel zugelassen, neu ist jedoch dass explizit die Devisenkurschwankungen als Grund für die Kurzarbeit zählen. Dementsprechend nutzten viele

Unternehmen diese Möglichkeit seit der Einführung: Die Anträge hätten sich laut Seco mehr als verdoppelt.

### Noch mehr Flexibilität durch Krisenartikel

Natürlich sind die Arbeitnehmenden auch durch die Gesamtarbeitsverträge geschützt. Eigentlich. Denn manche GAVs enthalten einen so genannten Krisenartikel, welcher Bestimmungen zur Umgehung des GAVs enthält. Als Beispiel sind dabei „Überwindung wirtschaftlicher Schwierigkeiten“ oder „Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit“ genannt. Ersteres ist recht gut definiert, nämlich wenn das Unternehmen Verlust macht oder in den nächsten sechs Monaten ein nachweisbarer Verlust droht. Bei der Konkurrenzfähigkeit wird es um einiges schwammiger und auch wirtschaftsfreundlicher. So solle unter anderem ein Gewinn erzielt werden, um das „unternehmerische Risiko zu entschädigen“. Auch wird der Konkurrenznachteil gegenüber ausländischen Konkurrent\_innen genannt. Wurde der Krisenartikel 57 im GAV der Maschinen- und Metallarbeiter\_innenbranche (MEM) vor den Verhandlungen noch klar abgelehnt, wurde dieser schlussendlich nicht rausgestrichen. Trotzdem wurden die Verhandlungen als Erfolg gewertet, da nun die Kriterien besser seien. Dass dem nicht so ist, wurde oben ausgeführt. Ausserdem dürfen die Unternehmen mit der Arbeitsvertretung im Betrieb den Krisenartikel beschliessen, theoretisch auch ohne Einbezug der Belegschaft. Den GAV trotzdem als vollen Erfolg zu feiern, ist lächerlich. Wurde doch im Vorfeld der Verhandlungen mehrmals von der Unia betont, dass ein GAV mit Krisenartikel nutzlos sei.

### Kranke Normalität

Befremdlich wirkt dabei, dass die Ursache für diese Kursschwankungen - nämlich die Spekulation mit Krisen - kaum kritisch hinterfragt wird. Währungen werden als Ware behandelt, dabei scheint es dem „Markt“ egal zu sein, welche Fol-

<sup>1</sup> welcher ja nicht eine ominöse unsichtbare Macht ist, sondern aus Akteur\_innen besteht, vor allem den grossen Hedgefonds etc.

gen die Profite für die betroffenen Länder hat. Währenddem zumindest Teile der parlamentarischen Linken diesem Problem begegnen will, wird die Legitimität der Markthörigkeit von den anderen kaum angezweifelt. Die Spekulationen im Währungsbereich werden schon fast als Naturgesetz gesehen und kaum hinterfragt, der Finanzkapitalismus wird als unabänderliche Normalität dargestellt. Was damit übrig bleibt, ist pure Symptombekämpfung, welche zudem auch von den „kämpferischen“ Gewerkschaften mit marktlogischen Argumenten geführt werden. Dazu kommen dann noch die Zugeständnisse, welche diese machen: So vereinbarten z.B. die Unia und Stadler Rails eine Arbeitszeitverlängerung, welche einer Lohnkürzung gleich kommt, von der Unja aber trotzdem als Lohnsicherheit gefeiert wird. Aber man müsse ja „an einem Strick ziehen“, so SVP-Nationalrat und Chef von Stadler Rail, Peter Spuhler. Das es sich dabei um den Strick um den Hals der Lohnarbeitenden handelt, davon spricht man lieber nicht. Das Abnicken der Arbeitszeitverlängerung mutet ausserdem seltsam an, da die Wochenarbeitszeit jetzt nur noch drei Stunden unter der Forderung des Landesstreiks von 1918 liegt. Hervorgehoben wird, wie schon bei der

Kurzarbeit, die temporäre Geltung der Massnahmen. Diese „Ausnahme“ dauerte schlussendlich jedoch ganze zwei Jahre und ein Ende der Krise ist nicht in Sicht. Wenn Gewerkschaftsökonomen davon sprechen, den Wirtschaftsstandort Schweiz zu stärken oder die Konkurrenzfähigkeit zu steigern, merkt man schmerzlich, auf welchem verlorenen Posten die Arbeitenden stehen, beginnen sie nicht, sich selbst zu vertreten.

Vielmehr noch wird die jetzige Krise wahrscheinlich wieder einmal als Legitimation für weitere Verwässerungen der Arbeitsrechte herangezogen, wie dies bereits geschehen ist. Schlussendlich sollen die Lohnarbeitenden ja dankbar sein, dass ihre Arbeitsplätze erhalten werden. Dass die Unternehmen zum Beispiel mit der Kurzarbeit extrem von einer Flexibilisierung profitieren, wird grosszügig ausgeklammert. Dass damit auch der Anstieg an kurzzeiti-

ger Arbeitslosigkeit verschleiert wird und die Regierenden damit besser dastehen, bleibt auch unerwähnt. Und ein weiteres Mal zeigt sich, dass während Krisen gerade die Unternehmer\_innenseite profi-



Stadler-Railchef Peter Spuhler und Geschäftsleiter der Unia Corrado Pardini beim „Schulterschluss“.

tiert währenddem der Grossteil der Last auf die Lohnarbeiter\_innen, die Sozialhilfebezüger\_innen etc. abgewälzt wird. Am Anfang der Krise ertönte der Spruch: „Wir zahlen nicht für eure Krise!“. Dieser Spruch hat in den acht Jahren nichts an seiner Aktualität verloren.

FAT

## IN BEWEGUNG

### Praxishandbuch zum Thema Repression für linke Aktivist\_innen

Im März erscheint das Praxishandbuch der Gruppe AntiRep Bern „In Bewegung“. In verschiedene Kapitel unterteilt, soll das Buch mögliche Hilfestellungen im Umgang mit dem staatlichen Repressionsapparat aufzeigen. Es bietet Tipps für das Verhalten und Vorgehen bei Einvernahmen sowie fundierte juristische Grundlagen aber auch Hinweise zur Ersten Hilfe. Das Buch soll Aktivist\_innen Wissen vermitteln und damit auch Schutz im Umgang mit den Gesetzeshüter\_innen bieten. Die Informationen reichen von Aussageverweigerung, Erläuterungen über den Ablauf eines Gerichtsverfahrens bis zu Ausrüstung und Verhalten an einer Demonstration. Weiter wird je ein Kapitel den Demosantitär\_innen und „Aktiv Solidarisch“ – ein Arbeitsbereich innerhalb der Gruppe AntiRep Bern, der sich mit möglichen psychischen Konsequenzen der Repression

auseinandersetzt – gewidmet. Die Gruppe AntiRep Bern will mit diesem Buch keine Wahrheiten verbreiten und den Aktivist\_innen das „richtige“ Vorgehen erklären, sondern sieht sich selber als Teil der Bewegung und betrachtet das Buch als eine Art Handbuch, als mögliche Grundlage und Beitrag zu einer kollektiven Auseinandersetzung mit staatlichen Repressionsinstrumenten und deren Konsequenzen für sozialrevolutionäre Aktivist\_innen.

#### AntiRep Bern

- 1. April:** Buchtaufe im Rössli
- 9. April:** Filmvorführung und Einführung „Aktiv Solidarisch“ im Akut
- 17. April:** Solikonzert im Sedel
- 23. April:** Q&A im Magazin in Basel
- 26. April:** Büchertisch im KuZeB



ISBN: 978-3-89771-580-6

Preis: ca. Fr. 15.-

Herausgeber: Antirep Bern  
www.Unrast-Verlag.de

# EZB wir kommen!

## Aufruf zur Blockade des neuen Sitzes der EZB und anschliessender Demonstration

Am 18. März ist es nun so weit - es eröffnet das neue Gebäude der Europäischen Zentralbank (EZB) in Frankfurt am Main. Die EZB entscheidet massgeblich über die Geldpolitik der EU und somit auch, an wen, wie und wann Kredite vergeben werden. Die derzeitige Politik der EZB steht ganz im Zeichen neoliberaler

halten, da durch ein Zerbrechen der EU die Weltmachtambitionen Europas endgültig dahin wären. Andererseits dürfen sie ihre neoliberalen Glaubenssätze nicht verraten, um das «Vertrauen» der Märkte nicht zu verlieren. Die Lösung ist eine Doppelstrategie aus marktradikalen Reformen und kapitalfreundlicher Geldpoli-

die Durchsetzung der Krisenpolitik und somit auch für die daraus resultierenden Folgen der sozialen Verwüstungen. Die EZB steht somit stellvertretend auch für die menschenverachtende Politik der ganzen EU.

Die Eröffnung des neuen Hauptsitzes der EZB - ein Prestigebau - ist also ein guter Anlass, um breit gegen die EZB an sich, die herrschenden Verhältnisse in der EU und den Kapitalismus zu demonstrieren und der Welt zu zeigen, dass es Menschen gibt, die eine Alternative zu den heutigen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen fordern und leben! Setzen wir ein starkes Zeichen der Solidarität! Leute aus Europa und der ganzen Welt werden anreisen, um unter dem Blockupy-Bündnis die Eröffnung der EZB zu verhindern und anschliessend an der grossen internationalen Demonstration teilzunehmen. Überlassen wir die Strasse und die Aufmerksamkeit der Medien nicht den neoliberalen, konservativen, fanatischen Kräften – egal ob Politiker\_innen, Wutbürger\_innen von Pegida oder islamistischen Attentäter\_innen. Lassen wir uns nicht einschüchtern – weder von Politikerinnen und «Experten», noch von Bankerinnen und Polizisten - sondern zeigen wir, dass wir viele sind, die für eine andere, gerechtere Welt kämpfen!

CME



Grundsätze und unter dem Einfluss und Druck der Krise des Kapitals, die seit 2008 diverse europäische Staaten an den Rand des Staatsbankrottes getrieben hat. Auch wenn das Auseinanderbrechen der EU vorerst vom Tisch sein dürfte, stecken Deutschland und die EU nach der wirtschaftlichen Krise der letzten Jahre immer noch in einer politischen Zwickmühle. Einerseits müssen sie die Schuldnerstaaten um jeden Preis am Leben er-

halten, die den Schuldnerstaaten aufgezwungen werden. Die Folgen: die Infrastruktur wird privatisiert, staatliche und kommunale Leistungen werden gestrichen, die Löhne sinken, die Kreditrisiken werden vergesellschaftet.

Die EZB steht also nicht nur symbolisch für den angeblich alternativlosen Sachzwangcharakter der gegenwärtigen kapitalistischen Verhältnisse in Europa. Sie ist ganz praktisch verantwortlich für

---

## 2015: Spaniens alles entscheidendes Jahr?

Nach dem Wahlerfolg von Syriza in Griechenland, soll es nun auch in Spanien zum „Umsturz“ kommen. Podemos – die neue politische Kraft in Spanien – ist auf gutem Weg, die diesjährigen Wahlen zu gewinnen. Für die ausserparlamentarische Linke verheissen die jüngsten Entwicklungen aber kaum was Gutes.

Seit ihrer Gründung vor etwas mehr als einem Jahr nimmt die Unterstützung für Podemos (zu Deutsch: wir können) stetig zu. Anlässlich der Wahlen ins Europaparlament im vergangenen Mai – nur vier Monate nach der Gründung

der Partei – erzielte Podemos bereits einen Wähler\_innenanteil von 8%. Inzwischen wollen schon 24% der Spanier\_innen Podemos wählen – Tendenz steigend... Und dies in jenem Jahr, in dem in Spanien auf allen Ebenen (Gemeinde, Region und landesweit) die Parlamente neu bestellt werden.

### Ein massentaugliches Programm

Wie lässt sich dieser plötzliche Aufstieg erklären? Die Partei propagiert seit ihrer Gründung eine einfache Lösung für die drängendsten Probleme

des Landes: Mensch muss nur die richtige Liste in die Urne werfen, um die negativen, wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Wirtschaftskrise rückgängig zu machen, den Staat zu demokratisieren und die Korruption zu eliminieren. Ganz im Stil der „Yes We Can“ Kampagne von Barack Obama hat es Podemos geschafft, „el cambio“ (der Wandel/Umbruch) mit dem selben Slogan („Sí, se puede“) als Produkt zu vermarkten. Hinzu kommt, dass dieser Diskurs aufgrund der weitverbreiteten Korruption und Vetternwirtschaft in Spanien auf fruchtbaren Boden fällt.

Die Partei ist bemüht, möglichst das ganze Wähler\_innenspektrum anzusprechen. Podemos will nicht Arbeiter\_innen oder Ausgebeutete mobilisieren, sondern Bürger\_innen und Spanier\_innen. Abgesehen von der Ausgrenzung der ausländischen Bevölkerung verwischt sie mit diesem Diskurs auch gesellschaftliche Gegensätze zwischen Inländer\_innen und ordnet diese dem nationalen Geist unter. Der „Feind“ ist somit auch nicht in der kapitalistischen Wirtschaftsweise und dem Nationalstaat zu suchen, sondern bloss in einer politischen Kaste, die es abzusetzen und (was Podemos verschweigt) durch eine neue zu ersetzen gilt. Von „Umbruch“ zu sprechen bleibt deshalb wohl letztendlich eine leere Worthülse, denn es gibt guten Grund daran zu zweifeln, dass eine Partei, einmal an der Macht, genau jenes System, welches sie an die Macht gebracht hat, grundlegend verändern wird.

### Eine fragliche Erbin des 15-M

Noch problematischer als das Programm, ist aber ihre Berufung auf die Indignados (oder 15-M) Bewegung. Letztere hatte vor bald vier Jahren in unzähligen Städten Spaniens zentrale Plätze besetzt und das Land durchgerüttelt. Eine Hauptforderung der Bewegung war „Democracia Real Ya“ (Echte Demokratie Jetzt). Zwar schieden sich auch innerhalb der Bewegung die Geister an der Frage, ob eine „echte Demokratie“ innerhalb eines kapitalistischen Nationalstaates möglich sei, doch zumindest zeichnete sich die Bewegung selbst dadurch aus, neue, möglichst partizipative und konsensorientierte Entscheidungsprozesse zu erarbeiten.

Dass sich nun ausgerechnet eine durch und durch hierarchisierte Partei mit ausgeprägtem Führerkult als Erbin des 15-M vermarkten möchte, erscheint doch eher fragwürdig. Noch überraschender ist aber, dass sich die Bewegung, welche vor vier Jahren zur Wahlenthaltung aufgerufen und jegliche Parteifahren aus ihren Protesten verbannt hatte, nicht klarer von Podemos distanziert – sondern im Gegenteil die Partei teils tatkräftig unterstützt.

### Weg von der Strasse hin zur Urne

Podemos hat es geschafft, sich als einfaches Allheilmittel zu vermarkten: Mensch muss nicht mehr auf die Strasse gehen, um für Verbesserungen zu kämpfen, sondern bloss an die Urne. Dies scheint sich mittlerweile auch auf der Strasse bemerkbar zu machen: weniger Proteste, geringere Teilnahme, weniger kämpferische Stimmung. Das macht auch die Podemos-Massendemonstration vom 31. Januar nicht wett. Obwohl diese mehrere hunderttausend Menschen im Zentrum Madrids ver-



„El cambio“: eine leere Worthülse, mit der von links bis rechts Stimmung gemacht werden kann.

sammelte, muss diese Demonstration eher als eine weitere Schwächung sozialer Bewegungen betrachtet werden. Denn die Kundgebung war letztendlich bloss eine symbolische Machtdemonstration der Parteiführung, ein Zeichen an die anderen Parteien, mit hunderttausenden passiven Schäfchen, welche ihrem Führer huldigten. Ein „Marsch auf Madrid“, um die Macht zu übernehmen – aus emanzipatorischer Sicht eine eher bedenkliche Entwicklung.

### Die fehlende Alternative

Allzu einfach sollte man sich die Kritik an Podemos aber doch nicht machen. Die libertären Kräfte sollten sich auch fragen, warum es ihren Intitiativen nicht (oder nur in beschränktem Ausmass) gelungen ist, vom weit verbreiteten Unmut gegenüber Wirtschaft und Politik zu profitieren. Vielleicht liegt es an internen Grabenkämpfen, vielleicht an der Selbstbezogenheit vieler Gruppen und dem fehlenden Realitätsbezug, wahrscheinlich aber auch

an der mangelnden Organisation, um koordiniert und schlagkräftig Widerstand zu leisten.

Aber der Anarchismus und der Anarchosyndikalismus haben noch ein viel grundlegenderes Problem, welches es ihnen erschwert, mit den politischen Parteien zu konkurrieren: Der Anarchismus liefert keine einfachen Lösungen, sondern will Probleme zur Diskussion stellen, um gemeinsam Alternativen zu erarbeiten. Dies bedeutet aber einen einiges grösseren Aufwand für das Individuum. Hinzu kommt die Risikoaversion vieler Leute: Eine Rückkehr zu altem Wohlstand oder beschränkte Veränderungen im gewohnten institutionellen Rahmen lösen bei den Leuten keine Existenzängste aus. In der Forderung nach einem radikaleren Systemwechsel sehen jedoch viele ihre Existenz gefährdet.

So bleibt uns wohl nur der mühsame Weg, gesellschaftliche Probleme immer wieder zu thematisieren und an partizipativen Projekten zu arbeiten, welche nach einem alternativen Umgang mit den Problemen suchen; sei dies mittels Basisbewegungen in verschiedenen Lebensbereichen, libertärer Projekte im Bildungsbereich, vernetzter, selbstverwalteter Betriebe in der Produktion, etc.. Eine solidarische Gesellschaft lässt sich nicht wählen, sondern muss auf eine selbstbestimmte und engagierte Basis bauen.

So bleibt uns wohl nur der mühsame Weg, gesellschaftliche

Probleme immer wieder zu thematisieren und an partizipativen Projekten zu arbeiten, welche nach einem alternativen Umgang mit den Problemen suchen; sei dies mittels Basisbewegungen in verschiedenen Lebensbereichen, libertärer Projekte im Bildungsbereich, vernetzter, selbstverwalteter Betriebe in der Produktion, etc.. Eine solidarische Gesellschaft lässt sich nicht wählen, sondern muss auf eine selbstbestimmte und engagierte Basis bauen.

Paul Isler

www.direkteaktion.org

## Direkte Aktion

[mehr als nur eine Zeitung]

DIREKTE AKTION  
anarchosyndikalistische Zeitung

abonnieren?  
zeitung@faubern.ch

**The city of Valencia, in the Mediterranean coast of the Spanish state is nowadays an interesting example illustrating the growth, in amount and in intensity, of the social conflicts arisen after the “Indignados” movement (2011-2012 – also known as “15-M”, “Take the square” or “Spanish Revolution”) and the subsequent financial crisis (2012 – still going on).**

This scenario exposes a wide variety of collective projects and struggles in the streets with a clearly anti-capitalist profile. The fact that the living conditions imposed by the state can no longer be handled by a big part of the society made it obvious that the previous forms of protest (legally organized demonstrations and agreed strikes) were unoffensive and domesticated.

New ways of mobilization are becoming more frequent and more convincing. A remarkable novelty can be seen in how the continuity of the assembly movement has developed after the “Indignados” movement. While the 15-M assemblies were centralized (1 per town), they had a massive scope and displayed the characteristic investment of energy of a one-time event. Now small assemblies at the level of neighborhood have taken over and keep making a sustained effort. Since they operate at local level they are able to attend the demands of the locals. Furthermore, the reduced number of participants allows an increase in the content of the discussions. Assemblies now are, in essence, more serious and perdurable. While there is a tendency towards self-organization when facing day-to-day life, apparently it is no longer necessary to wait for political parties and institutionalized unions to organize demonstrations. Protests in the streets convened by groups with a horizontal structure, for instance collectives and assemblies, get more frequent and involve more people. Lately, the most important mobilizations didn't take place in the main meeting points of the city under the protection of a big

platform organizing the event, but in industrial complexes, neighborhoods picket lines, universitys campus or in front of banks. Various initiatives, such as the “right to a home” movement, introduced genuine new methods, as it is the case of the “escratxes” (which involve putting pressure on the politicians responsible for evictions by the means of following them along their way home), while comprising diverse sectors of the population and bringing up new social conflicts for discussion. It is required to mention the so called “Squatted Social Centers” or “Self-managed Social Centers” as final representatives of honest projects. Although it is true that they do not represent a radically innovative way of activism, they illustrate very well a successful take over of unused residences. This kind of undertakings, mostly started by affinity groups, have ended up establishing spaces free of hierarchies where participation and the degree of involvement are kept open. Not only abandoned houses, but also collectivized sites (or plots) and communal vegetable patches are being used more often; sometimes the aren't even squatted but rented. Anyhow, in their multiple implementations, they have shown to be fruitful at hosting essential projects that aim for covering the needs and demands of the people, filling in this way the gap left by the state in many social matters.

Through the latest struggles experienced in the southern European Mediterranean coast, examples of exceptional phenomenons in the context of the anti-capitalist fight can be drawn. For instance, communication and coordination among several and distinct

active groups has matured. This is remarkable, specially when taking into account the fundamental differences between those groups at ideological and practical levels. Besides, it has become clearer that serious common projects can only arise from bonds established day by day in the streets rather than from massive mobilizations driven by mega-platforms. It is therefore encouraging to observe how autonomy is being understood, every day more and more, as the fact of thinking and acting on the basis of peoples own reflections.

U.



*The Assemblies have become smaller and are mostly on a local level now.*

## Short News

### Wave of labour unrest in Iran

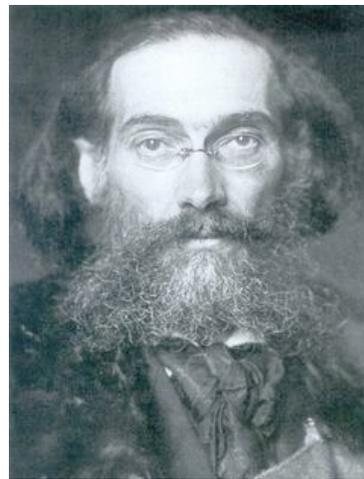
Iran is seeing a wave of labour struggles since January. Alone eight cases of collective action by workers are being noted between January 20 and 29. The longest strike action is being performed by teachers in the cities of Marivan, Baneh, and Shahrood who started their strikes on January 20 and were in the beginning of March still protesting against their wages being below poverty line.

# Lernt Sprachen!

**Der folgende Artikel von Gustav Landauer erschien 1907 unter dem Titel *Lernt nicht Esperanto in der Freien Generation*<sup>1</sup>. Einige Gedanken des Artikels sind immer noch aktuell – auch wenn die Debatte um die Kunstsprache Esperanto längst erkaltet ist.**

Der Herausgeber der „Freien Generation“ hat in der vorigen Nummer seine Leser aufgefordert, die sogenannte Esperantosprache zu erlernen. Hätte er geschrieben, es sei dringend zu raten, einmal im Jahr Goethes Faust zu lesen, ich weiß nicht, ob das viel Erfolg gehabt hätte. Aber ich bin überzeugt, dass eine ganze Zahl Leser auf Grund dieses kurzen Satzes von Pierre Ramus, bis diese Zeilen gedruckt werden, schon Abend für Abend über einem Esperanto-Lehrbuch sitzen. Die Menschen im Allgemeinen sind so und die Radikalen insbesondere, dass jede Verkehrtheit Anhänger, und zwar sehr oft fanatische Anhänger, unter ihnen findet. Das kommt daher, dass die Verkehrtheiten vom Verstand ersonnen sind und sich an den Verstand wenden. Der Geist hat zwei schlimme Feinde, erstens, die Dummheit, und zweitens, den Verstand. Oft finden sie sich vereinigt in Form kluger Geistlosigkeit; die hat auch das Esperanto erfunden. Unter Anarchisten scheint es ganz besonders nötig, darauf hinzuweisen, dass die Dinge, auf denen das Leben der Einzelnen und das Miteinanderleben der Menschen beruht, nicht erfundene und gemachte sind, sondern gewachsene. Gewachsen ist die Gesellschaft und das natürliche, freiwillige Zusammenschließen der Menschen, das jetzt von einem elenden Kunstprodukt, dem Staat, überwuchert ist. So etwas Gewachsenes sind auch die Sprachen und Dialekte der Völker. Dass die Volkssprachen den Nationalstaaten oft zum Vorwand von Feindseligkeiten dienen, ist schlimm; schlimmer aber wäre, wenn die Menschen glaubten, die Verschiedenheit der Sprache, d.h. eine unausrottbare,

tatsächliche Verschiedenheit, die nicht nur zwischen den Völkern, sondern zwischen allen einzelnen Menschen besteht – jeder Mensch spricht, denkt, empfindet anders als der andere – sei an ihrer Uneinigkeit schuld. Die Menschen verstehen sich und können sich verständigen, weil sie ungleich sind; wenn sie gleich wären, wäre einer dem anderen und jeder sich selbst verhasst und ekelhaft; und eine solche Gleichheitsphantasie ist überhaupt unmöglich und widerwärtig. Die Verschiedenheit der Sprachen ist also gar nichts, was wir zu bedauern ha-



Links: Gustav Landauer.



Rechts: Ausgabe der Freien Generation von 1907.

ben; und noch weniger etwas, was wir abschaffen könnten. Abschaffen helfen sollen wir die Zustände, die es dem Menschen verwehren, sich die Kenntnis fremder Sprachen zu erwerben. Die Anarchisten sind doch sonst so streng gegen Palliativmittel und Besserungsversuche innerhalb von Staat und kapitalistischer Gesellschaft; das Esperanto ist nichts anderes als so ein Flickwerk, und dazu noch ein hässliches, unnützes und gefährliches.

Denn nur die Plumpeheiten, Trivialitäten und Gewöhnlichkeiten einer Sprache lassen sich in einem Kunstprodukt ausdrücken; und vor allem nur das Alte und Wiedergekäute, niemals das Neue und Gärende, Entstehende, Geniale. Die Sprache lebendig, nicht nur gewachsen, sondern wachsend; sie enthält eine unendliche Vergangenheit, vor allem

aber auch die Zukunft; das künstliche Gemächte ist nichts worin der Mensch weiterdenken und Neues schaffen kann; es ist ja nur eine Übersetzung des Breitgetretenen, und das Wichtigste, das Feinste, das Unaussprechliche lässt sich darin nicht sagen. Die gewachsenen Sprachen können das: Zwischen den Worten lebt da gar vieles, was unsäglich und unaussprechlich ist. Esperanto aber kann nichts anderes sein als Schwätzen. Aber selbst zu rein praktischen Zwecken, etwa als Kongresssprache, ist es untauglich und gefährlich. Wenn der Franzose

Esperanto spricht, hat er natürlich französisch gedacht und spricht nun in der angeblichen Gemeinsprache nur Erinnerungen an seine Heimatsprache. Der Deutsche oder Engländer aber versteht das, was er in Esperanto hört, nicht auf Esperanto oder Französisch, sondern auf Deutsch, Englisch. Was entsteht

daraus? Nichts anderes als dass die Menschen glauben sich zu verstehen, während sie sich in Wahrheit missverstehen. Es ist aber viel besser, dass die Menschen gar nicht verstehen, als dass sie sich missverstehen, ohne es zu merken. Und ebenso schlimm oder schlimmer wäre es, wenn solche Kongressteilnehmer nur Trockenheiten und die Verstandeswahrheiten einander sagten, die sich in Esperanto ausdrücken lassen, wenn all der Dunst, all das Unbestimmte, all die Nuance verloren ginge, all das zitternde Gefühl, das nur in der Volks- und Herzenssprache zum Ausdruck kommen kann. Nichts tut dem Anarchismus mehr Not als dass er sich in die Tiefen des Geistes und des Gemütes senkt, in die Innerlichkeit und den Charakter, in die Selbstverständ-

<sup>1</sup> Anarchistische Zeitschrift aus Österreich. Der Herausgeber war Pierre Ramus (aka Rudolf Grossmann).

(weiter auf Seite 10)

## Lernt Sprachen!

(von Seite 9)

lichkeit und die Natur des Menschen. Dahin kommt nie eine Kunstsprache.

Ich erinnere mich an die Züricher Anarchistenkonferenz vom Jahr 1893. Da sprach z.B. der italienische Genosse Molinari, groß, feurig, wild, mit überaus eindrucksvollen Bewegungen der Arme und Hände, mit prachtvollem Ausdruck der Augen und Gesichtsmuskeln. Dieser prächtige Erguss eines Leidenschaftlichen, von dessen Sätzen, die wie ein Wasserfall strömten und schäumten, ich kein Wort verstand, wurde dann von dem verstorbenen Genossen Korner in seiner sanften leidenschaftlichen Art ins Deutsche übersetzt. Und nun verstand ich alles; verstand nicht nur die brausende, lebenswürdige Oberflächenwut des Italieners, sondern auch die tiefere, verhaltene, melancholische Ruhe seines Verfassers. Es wäre mir eine unglaublich komische Vorstellung, wenn ich denken sollte, Molinari hätte esperantisch geredet. Dann würde mir ein Erlebnis, ein Stück Leben fehlen. Und wie gut verstanden wir, Deutsche, Franzosen, Engländer, Italiener uns damals!

Was war das in der goldenen Jugendzeit für ein Umarmen, was für Blicke in die Augen, forschend, verstehend, nickend, stammelnd und doch so überaus beredt! Dafür, für diese holden Erinnerungen ans Verstehen und Einigsein im Grund der Gefühle, der Naturen, das Esperanto eintauschen? Pfui Teufel!

Einen anderen Vorschlag habe ich denen, die die Zeit hätten, Esperanto zu lernen. Eine Sprache sollen sie lernen, und zwar zunächst ihre eigene, die Deutschen Deutsch, die Engländer Englisch usw. Man verstehe das nicht hochmütig, ich lerne noch Tag für Tag mein Deutsch, nicht in der Grammatik, sondern in den Werken der großen Dichter und Denker. Und wer das mit Liebe übt und noch immer Zeit findet, der lernt seine deutsche Sprache am besten in all ihren Feinheiten und Innigkeiten kennen, wenn er noch eine fremde Sprache dazu lernt und sich so kurz wie möglich bei der Grammatik aufhält und möglichst bald mit Lesen beginnt. Nicht sich ans Übersetzen gewöhnen! Das ist von größtem Schaden und

darf erst viel später kommen, sondern in der fremden Sprache lesen, d.h. denken und empfinden. Also mein Rat ist: Übt Euch im Denken und Empfinden, das will geübt sein: Übt Euch in den Feinheiten und Innigkeiten gewachsener Sprachen, vor allem und immer der Eigenen; und lernt nicht Esperanto.

**Gustav Landauer (1870-1919)**



*Der Traum von Esperanto: Die Welt vereint durch eine (künstliche) Sprache?*

## Kommentar

Gerade in der Schweiz, wo amtlich vier Sprachen<sup>2</sup> gesprochen werden, ist es besonders wichtig ein Gespür für die Sprachen zu entwickeln. Kenntnisse in verschiedenen Sprachen erlauben eine Vernetzung und einen Austausch weit über das eigene Nest hinaus. Sowohl die Arbeiter\_innenbewegung im Allgemeinen, als auch der Anarchismus verstanden sich immer internationalistisch. Die Aktivist\_innen wollten also nicht in von Staaten vorgegebene Räume eingeschlossen werden, sondern sahen Gemeinsamkeiten mit Menschen in allen Staaten. Dieser Internationalismus bleibt aber höchstens eine leere Phrase, wenn wir uns nicht mit anderen Menschen unterhalten können. Denn durch diesen Austausch können neue, frische und erfrischende Ideen in einen Zusammenhang gebracht werden und eventuell verkrustete Strukturen aufgebrochen werden. Auf der anderen Seite

<sup>2</sup> die Sprachen der Immigrant\_innen zählen ja nicht, ganz egal wie viel Sprecher\_innen dieser Sprache sich hier befinden.

können auch schon wenige Worte in einer Sprache einen ganz anderen Zugang zu Menschen öffnen, was gerade in der Gewerkschaftsarbeit von enormem Vorteil sein kann.

Der Text von Landauer bringt einen wichtigen Einwand: Die Ausdrucksweise in einer Sprache ist immer auch von den sozialen Gegebenheiten abhängig:

Wir drücken uns in einer Muttersprache anders aus, als in einer Fremdsprache die wir nur grob beherrschen. Was pathetisch und was lächerlich ist, hängt nicht nur von der Epoche ab, sondern eben auch von lokalen Gepflogenheiten. Englisch als gemeinsame Fremdsprache hat deswegen ein ähnliches Problem wie es Landauer bei Esperanto sieht: Subtilitäten, Zwischentöne und Präzision gehen ver-

loren, wenn wir von deutsch in ein gebrochenes Englisch übersetzen und jemand anders von einem gebrochenen Englisch auf beispielsweise Italienisch. Darum: Lernt Sprachen! Versucht von euren Mitarbeiter\_innen ein paar Brocken von deren Muttersprache aufzuschnappen, guckt Filme, Serien oder Fernsehen in einer anderen Sprache, lest Comics in einer anderen Sprache oder besucht Sprachkurse – etwa im Denk:Mal in Bern oder anderen autonomen Schulen.

smf

### Autonome Schulen (Auswahl)

#### Denk:Mal:

<http://www.denk-mal.info/stundenplan/>

#### Autonome Schule Zürich:

<http://www.bildung-fuer-alle.ch/kursprogramm>

#### Autonome Schule Biel:

[http://autonome-schule-biel.ch/?page\\_id=37](http://autonome-schule-biel.ch/?page_id=37)

# Written in red

To Our Living Dead  
in Mexico's Struggle

Written in red their protest stands,  
For the gods of the World to see;  
On the dooming wall their bodiless hands  
have blazoned "Upharsin," and flaring brands  
Illumine the message: "Seize the lands!  
Open the prisons and make men free!"  
Flame out the living words of the dead  
Written — in — red.  
gods of the World! Their mouths are dumb!  
Your guns have spoken and they are dust.  
But the shrouded Living, whose hearts were numb,  
have felt the beat of a wakening drum  
Within them sounding-the Dead men's tongue —  
Calling: "Smite off the ancient rust!"  
Have beheld "Resurrexit," the word of the Dead,  
Written — in — red.  
Bear it aloft, O roaring, flame!  
Skyward aloft, where all may see.  
Slaves of the World! Our caose is the same;  
One is the immemorial shame;  
One is the struggle, and in One name —  
Manhood — we battle to set men free.  
"Uncurse us the Land!" burn the words of the  
Dead,  
Written — in — red.

von: *Voltairine de Cleyre (1866-1912)*  
*ihr letztes Gedicht (1911/1912)*  
*über die Mexikanische Revolution*

# Arbeiterführer

Im vierten Semester studiert er  
Soziologie  
sein Alter ist Doktor  
so'n liberaler  
Häuschen im grünen  
er aber ganz anders  
immer auf der Seite der Arbeiter  
selbst kennt er keinen  
kennt aber genau deren Bedürfnisse  
und abends beim Bier  
große reden  
und träumt von Barrikaden  
starke Arme halten die Fahne  
die Rote  
die Arbeiter indessen  
halten ihn  
für einen Trottel.

von: *Harald Stubbe*

## Zur Kulturseite

Wir haben uns vorgenommen in jeder Ausgabe auch etwas Kultur zu bringen und werden hier Kurzgeschichten, Gedichte und grafischer Kunst einen Platz geben. Wir versuchen möglichst Unveröffentlichtes abzudrucken und freuen uns natürlich wenn du uns deine Werke zur Verfügung stellst (schreib an zeitung@faubern.ch).

Falls wir einmal nicht genügend zugesendet bekommen, werden wir auch auf bereits veröffentlichte Kunst zurückgreifen.

di schwarzi chatz



Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union in der Schweiz

Spanien: Aufstand in Schwierigkeiten

Spanienprogramme um Spanien, Proteste um Proteste. Die historischen aus Spanien haben ein offizielles Bild. Wir stellen die dortigen sozialen- und Arbeiter\_innenbewegungen und soziale Probleme dar. Dieser Erfahrungsbericht soll einen Einblick in die aktuelle Lage vor Ort liefern.



Die Polizei wird bei Arbeitsangelegenheiten, besonders bei den Unruhen in den letzten Jahren, zunehmend eingesetzt. Die Polizei wird bei den Unruhen in den letzten Jahren, zunehmend eingesetzt. Die Polizei wird bei den Unruhen in den letzten Jahren, zunehmend eingesetzt.

# abonnieren?

- Ich möchte die Direkte Aktion und di schwarzi chatz abonnieren (je 6 Ausgaben für 60.- oder mehr)
- Ich möchte nur di schwarzi chatz abonnieren (6 Ausgaben für 30.- oder mehr)
- Für Infoläden, Beizen und Weiterverteiler\_innen haben wir spezielle Abos! Einfach per Mail nachfragen (zeitung@faubern.ch)

Vorname, Name: .....

Adresse: .....

PLZ/Ort: ..... E-Mail: .....

Einsenden an:  
di schwarzi chatz  
c/o FAU Bern  
Postfach 636  
3000 Bern 25  
oder:  
zeitung@faubern.ch

